

A12 Kein Generalverdacht: Schluss mit Kriminalisierung migrantischen Gewerbes!

Gremium: GRÜNE JUGEND Neukölln
Beschlussdatum: 16.07.2020
Tagesordnungspunkt: 6. Unsere Paper für das Wahlprogramm von Bündnis 90/ Die Grünen
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Zu einer antirassistischen, vielfältigen Stadt gehört auch, dass sich alle
2 Menschen sicher fühlen. Während die Polizei zwar mit der Umsetzung dieser
3 Sicherheit beauftragt ist, erfahren viele marginalisierte Menschen diese aber
4 nicht als Teil der Lösung, sondern als Quelle von Unsicherheit und
5 Einschüchterung. Durch Praktiken wie Racial Profiling, beispielsweise in Form
6 von verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an sogenannten
7 „kriminalitätsbelasteten Orten“, werden junge, nicht-weiße Menschen als
8 vermeintlich krimineller dargestellt. Dies stärkt und reproduziert ein ohnehin
9 rassistisches Narrativ, dem viele marginalisierte Menschen ihr ganzes Leben lang
10 ausgesetzt sind. Nicht nur die Häufigkeit solcher Kontrollen, sondern auch die
11 Anzahl an Fällen rassistisch geprägter Polizeigewalt, lösen bei Schwarzen
12 Menschen und People of Colour keineswegs Vertrauen, sondern berechtigte Angst
13 bei Interaktionen mit der Polizei aus. Wir wollen in Anlehnung an das
14 Landesantidiskriminierungsgesetz ein Ende von Racial Profiling, sowie eine
15 Analyse der Effektivität der polizeilichen Sonderzonen/
16 „kriminalitätsbelasteten Orte“ in Berlin. Teile dieser Stadt, die eine lange
17 Tradition migrantisch betriebener Geschäfte und Community-Treffpunkte haben,
18 werden durch diese Sonderzonen und die damit verbundene hohe, abschreckende
19 Polizeipräsenz, wieder einmal zur Zielscheibe rassistischer Narrative. Doch es
20 sind nicht nur die Personenkontrollen, die ein sicheres und
21 diskriminierungsfreies Leben erschweren. Auch die Gewerbekontrollen von
22 Shishabars, welche im Gegensatz zu anderen Bars und Raucherlokalen immer
23 häufiger durch eine unverhältnismäßige Anzahl schwerbewaffneter Polizist*innen
24 begleitet werden, verstärken nach außen eine rassistische Erzählung. Das
25 Argument, solche Kontrollen und Razzien wären Teil einer Strategie gegen
26 „Clankriminalität“, stellt sowohl innerhalb der Polizei als auch in der
27 Öffentlichkeit einen gesamten, mehrheitlich migrantisch betriebenen,
28 Gewerbebereich unter Generalverdacht. Der Wunsch, diskriminierende Strukturen
29 und Praktiken in dieser Stadt aufzuarbeiten und zu verändern, muss auch eine
30 Reevaluation solcher Kontrollen beinhalten. Es ist kein Zufall, dass es sich um
31 Shishabars handelt - Orte, die oft von migrantisierten Menschen betrieben werden
32 und für viele sicherer und diskriminierungsfreier als der öffentlicher Raum sind
33 - und nicht etwa um alteingesessene Kiezkeipen. Wir fordern daher ein Ende der
34 Unverhältnismäßigkeit. Die Kontrolle von Gewerben, ob vom Ordnungs- oder vom
35 Gesundheitsamt, muss ohne Willkür und Einschüchterung geschehen, und sollte
36 Prinzipien der Gleichbehandlung und der Unschuldsvermutung überall aufrecht
37 erhalten.

Begründung

erfolgt mündlich :)